

Input Workshop 7:

„Lehren für die Friedensbewegung aus dem Krieg in Afghanistan“

Den Afghanistan-Konflikt können wir nicht verstehen, wenn dabei die geostrategische Bedeutung dieses Landes am Hindukusch unberücksichtigt bleibt. Wir müssen auch der Darstellung widersprechen, dass Afghanistan erst 2001 ins Blickfeld der deutschen Politik getreten ist.

Als Deutschland als verspätete Imperialmacht am Anfang des 20. Jahrhunderts Großmachtambitionen hegte, war die Welt schon unter den anderen westlichen Kolonial- und Imperialmächten aufgeteilt. Damit wollte sich jedoch die politische und militärische Klasse Deutschlands keinesfalls abfinden, sondern trotzdem auch ein Stück vom Kuchen sowie seinen „Platz an der Sonne“ haben.

Das zentrale Anliegen, was Afghanistan seit jeher für die internationale Gemeinschaft zum Objekt der Begierde gemacht hat, war, ist und bleibt seine geostrategische Lage. Sie ist für das Land und seine Völker schon immer ein Verhängnis gewesen. Für Alexander den Großen, der im Jahre 330 v.u.Z. das ganze südliche Afghanistan besetzte, war das Land eine „unangreifbare Basis“ bei seinem weiteren Feldzug nach Norden und vor allem nach Osten zum indischen Subkontinent. Auch die Mongolen brauchten für ihren Feldzug (1218-20) das Transitland Afghanistan, um nach Süden vorzudringen. Die südliche Route der Seidenstraße ging über Afghanistan nach China. Um den angeblichen russischen Drang zum warmen Wasser einzudämmen, überfielen die Briten zweimal Afghanistan und besetzten es von 1839 bis 1842 und 1878 bis 1880.

Damit Deutschland zu einer Großmacht werden konnte – das erklärte Ziel der herrschenden Klasse Deutschlands – war es erforderlich, das britische Imperium zu Fall zu bringen. Aus diesem Grunde hatte Afghanistan schon vor Beginn des Ersten Weltkrieges einen festen Platz im militärisch-strategischen Konzept Deutschlands. Afghanistan war das Mittel, das Herz des britischen Empire (Indien) zu treffen, das auf dem Landwege nur durch afghanisches Territorium zu erreichen war. „Kaum minder aussichtsreich und gar nicht mehr so entfernt wie man glaubt“, so urteilten damals deutsche Strategen, „ist die Zukunft unserer Beziehungen mit Afghanistan. Die Stoßrichtung dieser Strategie wird durch eine Randbemerkung Wilhelms II. auf einem Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg vom 30. Juli 1914 deutlich: „Jetzt muss dieses ganze Getriebe (der englischen Politik) schonungslos aufgedeckt und ihm öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit in der Öffentlichkeit schroff abgerissen werden und Pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden!! Und unsere Consuln in Türkei und Indien, Agenten etc. müssen die ganze Mohammed. Welt gegen dieses verhaßte, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen; denn wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren.“

In einem Bericht vom September 1916 wurde resümiert, „daß der Kriegseintritt Afghanistans – das Hauptziel der Afghanistan-Expedition, dem auch die deutsche Persienpolitik trotz ihres eigenen Moments untergeordnet war - nicht erreicht werden konnte.“ Damit war der erste Versuch, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, gescheitert.

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels verkündete in seiner Rede auf einer Kundgebung der NSDAP in Prag am 5. November 1940 unter großem Jubel der Anwesenden die deutschen Absichten: „Ich habe weiterhin den Eindruck, dass wir bei der Verteilung der Welt in den vergangenen Jahrhunderten als Deutsche zu kurz gekommen sind. Und ich habe drittens den Eindruck, dass wir das, was wir damals versäumt, jetzt nachholen müssen.“ Schon Ende des Jahres 1939 existierten genaue Pläne von einem direkten deutschen Angriff gegen die britischen Stellungen im Orient, womit Oskar von Niedermayer, militärischer Leiter der deutschen Afghanistan-Expedition im Ersten Weltkrieg, beauftragt war.

Nach der erfolgreichen Durchführung des Plans „Barbarossa“ sollte gegen Britisch-Indien vorgegangen werden. Mit dem Datum des 17. Februars 1941 ist folgende Notiz im Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht zu lesen: „Der Führer wünsche die studienmäßige Bearbeitung eines Aufmarsches in Afghanistan gegen Indien im Anschluss an die Operation ‚Barbarossa‘“. Denn dieser Angriff konnte zu Lande bekanntlich nur über afghanisches Territorium erfolgen. Nach Auffassung von Adolf Hitler kam „Afghanistan die Rolle eines wichtigen Stützpunktes in den strategischen Plänen zur Eroberung Indiens und der Länder Südostasiens zu“. Acht Tage später war die Planung einer Operation gegen Afghanistan ein wichtiges Diskussionsthema bei einer Besprechung im Generalstab des Heeres.

Der Zusammenbruch der faschistischen Blitzkriegspläne in den weiteren Kriegsjahren machte jedoch alle diesbezüglichen Absichten gegenüber Afghanistan zunichte und somit war auch der zweite Versuch, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, gescheitert.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Afghanistan zum Bestandteil der westdeutschen „Dritte-Welt“-Strategie. Das Land bekam als erstes eine Finanzhilfe in Höhe von 25 Mio. Mark, sogar aus den Mitteln des Marshall-Plans. Seit dem Mauerfall hegt die politische und militärische Klasse Deutschlands erneut Großmachtambitionen. Dies geht eindeutig aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26.11.1992, vom 21.3.2003 und vom 18.5.2011, sowie aus dem Weißbuch 2004 bzw. 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr hervor.

Die Grenze der Verteidigung Deutschlands ist nicht mehr die vom Grundgesetz (Art. 87a) vorgeschriebene, sondern die ganze Welt. In allen hier genannten Dokumenten werden unmissverständlich die Grenzen des Einsatzes der Bundeswehr für die Sicherung der ökonomischen und Handelsinteressen Deutschlands global definiert. Bemerkenswert ist die Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog im Hotel Adlon am 26. April 1997, in der er mit Nachdruck auf die deutschen Großmachtambitionen hinwies: „Ein großes, globales Rennen hat begonnen: Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert. Wir müssen jetzt eine Aufholjagd starten.“

Auch Afghanistan wurde erneut, nun zum dritten Mal, als Schachbrett für die globalen Ambitionen Deutschlands eingeplant. Man wartete jedoch nur noch auf einen geeigneten Anlass. Der 11. September 2001 bot sich dann ganz ausgezeichnet dafür an. Hätte es ihn nicht gegeben, man hätte ihn erfinden müssen. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verkündete die uneingeschränkte Solidarität

Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Vor diesem Hintergrund wurde zum ersten Mal, gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages, der „Bündnisfall“ erklärt. „Wir dürfen auch nicht vergessen: es war nicht zuletzt Deutschland, das 2002 die NATO gedrängt hat, Afghanistan zu einer NATO-Operation zu machen. Das ist die Regierung Schröder/Fischer gewesen“, erklärte der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann.

Damit wurde der politischen und militärischen Klasse Deutschlands die Möglichkeit eröffnet, sich am Krieg gegen Afghanistan zu beteiligen und künftig auch weltweit zu intervenieren. Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik schuf die Voraussetzung für die prägnante Formulierung des sozialdemokratischen Bundesverteidigungsministers Peter Struck nach der Verabschiedung der Verteidigungspolitischen Richtlinien im Frühjahr 2003: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“, ein Satz, der immer wieder zitiert worden ist. So steht Sozialdemokratisch/Grüne Politik im Geist der deutschen Imperialstrategie.

Mein Eindruck ist, dass anders als in den 1990er Jahren die Taliban jetzt internationale Anerkennung und Zusammenarbeit wollen, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene, um das Land wiederaufzubauen. China hat bereits erklärt, die Südroute seiner «Seidenstraße» - wie schon in vergangenen Jahrhunderten - durch Afghanistan zu führen.

Sowohl die Taliban als auch die Nachbarländer haben großes Interesse an einem stabilen Afghanistan. Da die fremden Mächte nun bald weg sind und die korrupte Administration kapituliert hat, besteht die Hoffnung, dass zumindest der Bürgerkrieg endlich aufhört. Das ist auch das, was sich die afghanischen Völker wünschen. Hoffen wir, dass es dazu kommt.

Zwei Fragen, die sich mir im Zusammenhang mit der Rolle der Friedensbewegung seit Beginn des Afghanistan-Krieges stellen, will ich kurz benennen:

1. Warum gelang es uns als Friedensbewegung nicht in den 20 Jahren des Krieges eine große Massenbewegung gegen den Krieg auf die Straße zu bringen? Unsere Positionen waren klar und eindeutig. Die Meinungsmehrheit war in all den Jahren auf unserer Seite. Schon beim Jugoslawienkrieg hatten wir es schwer, Fischer's „Nie wieder Auschwitz“ mit den realen Kriegszielen von NATO und Bundeswehr zu konfrontieren und gegen den Krieg zu mobilisieren.
2. Schon in einer Denkschrift hat Max von Baden 1918 die politischen und militärischen Optionen des deutschen Imperialismus mit der Vokabel „ethischer Imperialismus“ – wie ich meine ehrlicher umschrieben wie mit der aktuellen Vokabel der „wertebasierten Außenpolitik. Die vorgeschobene 'wertebasierte' Außenpolitik verkennt die aktuelle geopolitische Lage mit ihren systematischen Angriffen auf die internationale Rechtsordnung: Menschenrechte sind nicht von Werten eines Staates abhängig, sie gelten universell. Und genau diese Universalität steht aktuell auf dem Spiel. „Unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik basiert auf einer wertorientierten Realpolitik. Wir setzen uns für Frieden, Freiheit, Menschenrechte und demokratische Teilhabe in Europa und der Welt ein. Wir setzen auf eine regelbasierte internationale Ordnung und erkennen an, dass

Deutschland diese alleine nicht garantieren kann. Deshalb sind die EU und starke, handlungsfähige internationale Organisationen, Allianzen und Bündnisse für Deutschland unentbehrlich.“ (Sondierungsvereinbarung)

Afghanistan hat wieder einmal gezeigt, dass Krieg keine Probleme löst sondern neue schafft. Der Krieg hat gezeigt, dass die deutsche Außenpolitik mit ihrem Anspruch Weltpolitik mitzugestalten, wie es auf einer Sicherheitskonferenz in München mit dem Slogan „neue Macht neue Verantwortung“ verkündet wurde, gescheitert ist.

Ein weiteres Scheitern bahnt sich in Mali, Syrien, Irak und bei anderen Kriegseinsätzen in der Welt an. Eine solche Außen- und Militärpolitik führt nicht zu einer weltweiten friedlichen Koexistenz der Staaten.

Wir sollten als Friedensbewegung klar das Völkerrecht betonen und uns gegen die zunehmend diffuseren Begriffe („wertebasierte Außenpolitik“) wehren.

Wir wollen die politische Lage analysieren und unsere Chancen zur Entwicklung von mehr Aktivitäten für Abrüstung nutzen. Wir wollen einen Beitrag zur Strategie leisten, weil wir wissen, dass eine sozial-ökologische Transformation ohne Frieden und Abrüstung nicht möglich ist und ebenso dass Transformation die Voraussetzung für Frieden ist.

Die Frage ist, wie der neue Bundestag die Weichen für die Außenpolitik stellen wird? Wir wollen nach den Bundestagswahlen konkrete Ansätze für Frieden, Entspannung und gegen eine weitere Militarisierung der europäischen Politik entwickeln. Als führende Macht in der EU sollte Deutschland, schon aufgrund seiner Vergangenheit, die Verantwortung für eine Friedenspolitik für Entspannung und Abrüstung übernehmen.

Uns treibt die Sorge um, dass auch eine neue Bundesregierung den Kurs der Kriegsvorbereitung und Kriegsandrohung, der Sanktionen und Ausweitung der Drohpolitik fortgesetzt werden könnte. Die zunehmende Aggressivität der Drohpolitik der USA und das Bekenntnis zum Kriegsbündnis NATO verstärkt diese Sorge.

Frankfurt, 31.10.2021

Willi van Ooyen